Der Schuhmacher

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postfach 4. Abholfach

Nr. 42

45. Jahrgang

Nürnberg,
Dienstag, den 13 Oktober 1931

Vierteljahresabonnement 1.50 RM. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliches ausgeschlossen) 0.40 RM. Stellenanzeigen laut Mitgliederverzeichnis. Redaktionsschluß: Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion: Nürnberg 24403. — Anzeigenannahme und Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach). — Versandstelle: Essenweinstraße 1. — Einzelnummer: 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989. Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Eine Provokation und ein Kampfsignal!

Der Kampf um den Tarifvertrag

Die Wirtschaftskrise ist für die Arbeiterschaft bisher dadurch gemildert worden, daß feste Bindungen bestanden, die es den Unternehmern verwehrten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Gutdünken zu verschlechtern. Nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo Tarifverträge bestehen, haben die Unternehmer zum Sturm angesetzt, um diese tariflichen Rechte der Arbeiterschaft zu beseitigen. Neuerdings erst haben die gesamten Spitzenverbände der Unternehmer Deutschlands

in einer Eingabe an die Reichsregierung

den Kampf gegen den Tarifvertrag an die Spitze ihrer Forderungen gestellt. Nicht weniger als elf Spitzenverbände haben die Eingabe unterschrieben. Der famose Zentralausschuß der Unternehmerverbände ist wieder einmal aus der Versenkung aufgetaucht, um seine Daseinsberechtigung zu beweisen. Die elf Spitzenverbände bilden nämlich zusammengefaßt noch einmal eine Spitze, die man Zentralausschuß der Unternehmerverbände nennt. Die Unterschrift nicht vollzogen haben lediglich die Verbände der Landwirtschaft. Dies jedoch nicht etwa aus purer Arbeiterfreundlichkeit, sondern weil sie sich mit den übrigen Punkten nicht ganz einverstanden erklären konnten.

Die Eingabe der Unternehmerverbände, die von der bürgerlichen Presse als ein Notruf der Wirtschaft bezeichnet wird, ist

umkleidet von einem Wust von Phrasen.

Man erwartet **alles Heil von der Reichsregierung,** welcher man empfiehlt, „in kraftvoller Entschlossenheit und mit voller Unabhängigkeit von Interessenten- und Parteipolitik den Weg zum sofortigen Handeln" zu beschreiten. Früher hieß es immer, daß die Herren Wirtschaftsführer allein intellektuell wie auch organisatorisch in der Lage seien, Wirtschaftspolitik zu betreiben, jetzt läßt man wohlweislich der Reichsregierung den Vortritt, um einen Prügelknaben zu haben. Wir wollen auf das theoretische Beiwerk der Eingabe nicht weiter eingehen. Wesentlich sind die sechs Forderungen, die man als „oberste Erfordernisse" bezeichnet. Die wesentlichsten Punkte konzentrieren sich natürlich um Lohn- und Sozialpolitik. Hierfür wird als unerläßlich betrachtet: „Eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuellere Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die

die Institution der Verbindlichkeitserklärung beseitigt

und die eigene Verantwortung der Parteien wieder hergestellt wird."

In vollem Umfange richtet sich dieser Vorstoß gegen das Tarifvertragswesen. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen haben nach diesem Vorstoß Veranlassung genommen, der Reichsregierung ebenfalls eine scharf formulierte Erklärung zu übertreiben. In dieser Erklärung wird eingehend darauf hingewiesen, daß die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die

Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates

in die Wirtschaft bewiesen hätten. Zurückgewiesen wird der Versuch, die Wirtschaftsnot der Gegenwart aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären. „In Wirklichkeit", so heißt es weiter, „liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot

in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems

in der Welt, in internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurden sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Ueberrationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit eineinhalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist **eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.**" Nach diesen Feststellungen geben die Gewerkschaften deutlich zu verstehen, was sie zur Gesundung des Wirtschaftslebens in Vorschlag zu bringen haben.

•

In dem als Unverschämtheit zu bezeichnenden Unternehmerprogramm werden unbeschadet der Millionen Arbeitslosen und Hungernden von der Regierung Entscheidungen gefordert nur zugunsten des individualistischen privaten Wirtschaftssystems. Zu den in mehr als 3000 Kartellen, Syndikaten und Trusten vereinigten und ausschließlich zum Zwecke von Preisbindungen geschaffenen Unternehmerorganisationen wird mit keinem Worte Stellung genommen. Kein Wort von den ungeheuren öffentlichen Subventionen und staatlichen Protektionen, Hochschutzzöllen usw., die die privaten Unternehmer seit Jahren schlucken. Nichts wird erwähnt von den Kapitalfehlleitungen und Kapitalverschiebungen ins Ausland,

von den „Mammutgehältern der Wirtschaftsführer".

Um so intensiver wird Sturm geblasen gegen die Reste der staatlichen Zwangswirtschaft und insbesondere gegen das staatliche Tarif- und Schlichtungswesen sowie für den Abbau der Leistungen aus der Sozialversicherung, „Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse" bedeutet für sie Abschaffung der Tarifverträge. Aufrichtung von Haus- und Werktarifen, Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung, und schließlich würde nur noch — wie vor 40 und mehr Jahren — der individuelle, vom Unternehmer allein diktierte Arbeitsvertrag und Lohn gelten. Zurzeit, man will das kollektive Tarifvertrags- und Arbeitsrecht beseitigen

Die kapitalistischen Sirenen heulen:

„Die deutsche Politik muß erkennen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden kein Kompromiß gibt."

Das bedeutet entschiedene

Kampfansage an die sozialistisch orientierten Volksteile,

vor allem an alle abhängigen Lohnarbeiter und an die sozialistenreine Reichsregierung. Nicht die Ultramore-Luxusen- und die spekulative Baupolitik, nicht Schieles Hochschutzzölle oder der Sturz der Weltmarktpreise, nicht der Weltkrieg mit Millionen Kriegsopfern, nicht Kapitalverknappung und weltwirtschaftliche Strukturwandlungen sind nach Meinung der Wirtschaftsverbände schuld am Niedergang der deutschen Wirtschaft, sondern nur die staatlichen Belastungen und Zwangseingriffe.

Schuld sei vor allem der gesteigerte Finanzbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden, der von 7,2 (16,2 v. H.) Milliarden Reichsmark im Jahre 1913 auf 20,8 Milliarden Reichsmark (30,1 v. H. des Volkseinkommens) im Jahre 1928/29 gestiegen ist. Der steuerliche Zuschußbedarf erreichte 1930/31 etwa 17 Milliarden gegen 5,4 Milliarden Reichsmark 1913. **Die Folge ist, daß die Arbeitslosenziffer** stieg von 341 000 Mitte 1927 auf fast 5 Millionen Ende Februar 1931. Diese Entwicklung hätte die volkswirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands zerrüttet, eine ausreichende Kapitalbildung verhindert, die Kapitalflucht verstärkt, das Zinsniveau unwirtschaftlich in die Höhe getrieben. So sehen deutsche „Wirtschaftsführer" die Entwicklung seit dem Jahre 1913,

nur daß sie Ursache und Wirkung verwechseln.

Die Arbeiterschaft in Deutschland besitzt den Mut, die Wirkungen der Kriegspolitik so zu sehen, wie sie in Wirklichkeit sind. Der verlorene Weltkrieg hat der deutschen Wirtschaft nicht nur etwa 150 000 Millionen Goldmark Verluste gebracht, sondern der enorme Finanzbedarf ist das Erbstück und zugleich furchtbare Andenken an die „herrlichen Zeiten", denen die früheren Machthaber das deutsche Volk entgegengeführt haben.

Diese Erbschaft betrifft die inneren und äußeren **Kriegslasten,** die das ausgepowerte, vom Weltmarkt abgeschnittene und aus Millionen Wunden blutende deutsche Volk übernehmen mußte. Diese Last betrug in Millionen Reichsmark:

Notizen von einer Reise in die Tschechoslowak. Republik

Wie wenige sind in der Lage, sich ein vollständig klares Urteil über ihr eigenes Vaterland zu bilden. Wie viele geben ein schiefes, verzerrtes Bild, indem sie entweder die Schattenseiten hervorkehren oder nur die Lichtseiten zeigen. Ist es schon schwer, eine objektive Darstellung über seine eigene, engste Heimat zu geben, deren Sprache und Sitten man kennt, um so viel schwerer ist es, sich ein Urteil über fremde Länder zu bilden. Besonders vermessen wäre es aber, über ein fremdes Land zu urteilen, wenn man sich darin nur wenige Tage aufgehalten hat. Daß diese in dieser Schilderung nicht geschehen soll, geht schon daraus hervor, daß von Notizen die Rede ist. Dem fremden Beobachter fällt aber sofort das auf, was er zu Hause nicht sieht, und er stellt dann Vergleiche an. In dieser Beziehung darf ein auch nur tageweiser Aufenthalt im fremden Lande nicht unterschätzt werden.

•

Der Internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustriearbeiter Ende September in Prag bot mir Gelegenheit, den nach dem Kriege neu aufgebauten Tschechoslowakischen Staat zu erblicken. Im Mittelpunkt des Bayerischen Waldes überschreitet die Eisenbahn die Grenze. Die Strecke von Furth i. W. bis Prag, die der Schnellzug in knapp vier Stunden durchschneidet, ist stark ackerbauendes welliges Hügelland. Man berührt zunächst eine Reihe von Provinzstädten. Viele Neubauten sind zu sehen, neue Wohnviertel; ein Eindruck, den der Fremde wohl auch von den deutschen Städten gewinnt. Man kommt an Kohlenbergwerken vorbei und an Eisenhütten und zuletzt, kurz vor Prag, an einem Zementwerk von gigantischer Größe. Die größere Stadt, die die Bahn vorher berührt, ist die bekannte Bierstadt Pilsen mit dem bekannten Riesenbetrieb der Skoda-Werke.

•

„In Deutschland arbeitet man viel zuviel." Dieser Ausdruck, den wir einmal in einem slawischen Staat anhören mußten, ist nicht zu Unrecht wohl auch auf diesen Staat übertragbar. Es ist Sonntag und es gibt in diesem Lande sicher ein Sonntagsruhegesetz. Das hindert den besonders geschäftigen Kleinbauern aber nicht, auch Sonntag nachmittag noch die Kuh aus dem Stall zu ziehen, um sie auf dem Felde einzuspannen. „Hier in diesem Lande arbeitet man gewiß nicht zu wenig." Dieser Eindruck der Geschäftigkeit vermehrt sich noch, bei dem Einblick in das Wirtschaftsgetriebe in den Städten. Die Kollegen unseres Berufs aus Böhmen waren von jeher, zur Zeit der Handarbeit, als besondere „Flinkschützen" bekannt. Diese billige Herstellungsweise hat aber keinesfalls vermocht, dem Vordringen der maschinellen Technik Einhalt zu gebieten. Der Fabrikbetrieb hat den Kleinbetrieb geschlagen. Die Industrie hat die alte Handarbeit vielleicht nirgends so sprunghaft überstürzt zu Fall gebracht, wie gerade in diesem Lande. Die vollständige und rasche Umstellung ist z. B. auch zu studieren an dem Schicksal einer uns verwandten Berufsgruppe der Handschuhindustrie, die in Prag von besonderer Bedeutung ist. Der Großbetrieb hat das Kleingewerbe fast vollständig aufgesaugt. Und die Begleiterscheinung: Die Arbeitslosenziffern haben vielleicht noch nicht die schreckende Höhe wie in Deutschland, aber das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Kurzarbeitern und den Vollbeschäftigten läßt bereits sehr Schlimmes ahnen.

•

Es ist Wahltag. Gemeindewahlen über das ganze Land, die auf diesen Sonntag festgesetzt sind. Am Abend vorher, wie am Wahltag selbst, herrscht allgemeines Ausschankverbot für Alkohol. Ueber die Erforderlichkeit dieser Maßnahme ließe sich streiten, jedenfalls dokumentiert sich in ihr ein Stück Staatsraison. Der Wahlenthusiasmus ist groß. Am Wenzelsplatz, dem Hauptgeschäftszentrum Prags, steht sich zur Entgegennahme der Wahlergebnisse eine unübersehbare Menschenmenge. Nur Interessiertheit, oder politische Reife der Bevölkerung? Du siehst dir die Stimmliste an und bist im Bilde. Derselbe Jammer, der für Deutschland kennzeichnend ist. Nicht weniger als 20 Parteien reißen sich fanatisch um die Palme des Sieges. Es gibt Nationalsozialisten und daneben noch offen firmierende „Faschisten". Das Proletariat ist auch hier im Bruderkampf zerrissen. Schon ein Blick auf die Endziffern zeigt, welche Macht das Proletariat verkörpern könnte, wenn die Arbeitergruppen einig in geschlossener Front dastehen würden.

•

Die junge Republik hat Sorgen von Anfang an. So mußte sie Rat schaffen, um die zahlreichen Spitzenbehörden im neuen Staate: Innen- und Außenministerium, Kriegsministerium und was es sonst noch alles an Spitzenverwaltungen gibt gut unterzubringen. Aus der Aristokratenstadt jenseits der Moldau, mit ihren altertümlichen Palästen, erwuchs nun etwas Neues, eine Diplomatenstadt. Wo sich Mangel zeigte an Unterkunft — bis zum Zeitpunkt, wo neue Staatsgebäude baulich ihrer Vollendung entgegengehen —, wurde auch einmal ein altes Kloster in den Dienst des Staatswesens eingespannt. Ueber diesen Sonderbezirk der Stadt, der die Staatsmaschinerie beherbergt, thront der gewaltige Gebäudekomplex des Hradschin (Hradschin heißt Burgstadt ins Deutsche übertragen.) Doch auch dieses alte ehrwürdige Gebäude bedarf der auffrischenden Umwandlung. Sogar in seinen Grundfesten mußte es baulich unterfangen werden, um der Nachwelt unversehrt erhalten zu bleiben.

In diesem Staate, wo man hinblickt, wird jetzt viel gebaut. Im Innern der Stadt wachsen in Beton und Glas Bankpaläste empor. Das diesseitige Moldauufer wird in Kürze durch einen Ring von Mammutbauten ein neues Gesicht erhalten. Draußen im Lande sind zahlreiche Arbeiter mit Verbesserungsarbeiten im Eisenbahnbetrieb beschäftigt.

•

Am Wahlsonntag erblickte man im Stadtzentrum ein starkes Polizeiaufgebot, ohne daß jedoch irgendwelche Störungen zu beobachten gewesen wären. Gegenüber deutschen Verhältnissen begegnet man im Straßenverkehr vielem Militär im Gegensatz zu Deutschland lauter jungen Leuten. Es ist in diesem Lande die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und in diesen Tagen trafen eben die neuen Rekruten zur Ausbildung ein. Die Dienstzeit hängt von dem Grade der Vorbildung ab. Der Soldat hat 12, resp. 18 Monate zu dienen. — Einen Fortschritt gegen früher bildet der Aufbau der Sozialpolitik des Landes. Man kennt neben der Kranken- und Unfallversicherung seit 1925 auch die Arbeiter-Sozialversicherung (Altersversicherung). Die Arbeitslosenversicherung ist auf dem Genfer System aufgebaut. Der Acht-Stundentag wurde 1918 Gesetz. Ueber die Löhne der Arbeiter genügend Unterlagen zu sammeln, war uns in der kurzen Spanne Zeit nicht möglich. Die Warenpreise in den Prager Läden erschienen uns kaum geringer wie in den Großstädten des Deutschen Reiches. — Durch Gesetz ist in den tschechoslowakischen Fabriken ein Urlaubsanspruch von sechs bis acht Tagen eingeführt. Im Bergbau wurden durch Sondergesetz Betriebsräte errichtet und der Belegschaft gesetzlich zehn Prozent des jährlichen Reingewinns gesichert. In den größeren Betrieben der übrigen Industrie bestehen gesetzliche Arbeiterausschüsse. Aber diese Gesetze, vornehmlich das letztere, tragen deutlich die Spuren des geschwächten Einflusses der Arbeiterklasse, hervorgerufen durch die Spaltung des Proletariats. Die kommunistische

		v. H. des Gesamtbestands
1913 . . .	62,5	= 2,6 v. H. (aus früheren Kriegen)
1925 . . .	3101,7	= 39,2 v. H.
1927 . . .	3669,1	= 36,2 v. H.
1928 . . .	4493,5	= 38,1 v. H.
1929 . . .	5856,1	= 35,8 v. H.
1930 . . .	6915,4	= 35,8 v. H.

Die Versorgung für 861 321 berechtigte Kriegsbeschädigte (einschließlich Familienangehörige 2 256 148 Personen) kostete im Jahre 1930 etwa 1600 Millionen Reichsmark. Hiervon kommt ein erheblicher Teil der Invalidenversicherung für die frühzeitig invalide werdenden Versicherungsteilnehmer übernehmen muß, die in der im Jahre 1930 stattenden Zahl von 3,5 Millionen Invalidenrenten enthalten sind, die aber nicht besonders berechnet und vom Reich auch nicht an die Versicherung zurückgezahlt werden. Im Jahre 1913 fielen nämlich nur 1154 Millionen Invalidenrenten. Nicht berücksichtigt ist außerdem in der Kriegsversorgungsanstalt des Reiches derjenige Anteil, der

im kommunalen Aufwand an Fürsorge und Wohlfahrt

im Jahre 1930 insgesamt 1920 Millionen Reichsmark betrug und nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden, die im Jahre 1914 29,5 Milliarden Reichsmark betrug, und die bis 1923 durch Kriegsanleihen aller Art über die Summe von mindestens 150 Milliarden Reichsmark erreichte, war infolge Geldentwertung auf 11,6 Milliarden Reichsmark am 31. März 1928 gesunken und ist bis Ende des Jahres 1930 wieder auf 25 Milliarden Reichsmark angewachsen.

Der Schuldendienst im Jahre 1930

erforderte bereits wieder 1000 Millionen Reichsmark. Im Gegensatz zum Vorkriegszustand trägt heute das Schwergewicht der öffentlichen Verschuldung beim Reich mit einem Anteil von 18,8 v. H., nach dem Stande vom 31. März 1928 während 1914 die Hauptlast mit 57 v. H. den Ländern lag. Diese Umschuldung ist im wesentlichen durch die Uebernahme der Eisenbahnhaftungen auf das Reich und durch Lasten aus Kriegsfolgen bedingt.

Auch die Niederländer befinden sich in einer ähnlichen wirtschaftlichen Situation, von allem jene, die sich bisher nicht durch eine Inflation „hindurchmogeln" konnten. Allein die Zinsschulden betrugen in Millionen Reichsmark umgerechnet:

	1914	1928
in Großbritannien . . .	13 271	100 119
in Frankreich	27 854	66 044
in Belgien	4 035	5 416
in Italien	12 770	26 066

Eine ausreichende Kapitalbildung soll durch die unbeteiligte Entwicklungslinie der deutschen Wirtschaft verhindert worden sein. Dieser Behauptung stellen wir die Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung zu Anfang dieses Jahres gegenüber, wonach allein in den Jahren

1924 bis 56 Milliarden Reichsmark Inlandskapital neu gebildet

und außerdem 12 Milliarden Reichsmark Auslandskapital neu investiert worden sind. Den schlagenden Beweis für die Richtigkeit der Feststellungen bietet der übersteigte Produktions- und der infolge aller Währungsverteilungsapparat, dessen Umfang in vollem Widerspruch steht zur Kaufkraft im Inland und auf dem Weltmarkt. Hier offenbaren sich die gewaltigen Kapitalfehlleitungen, sie zeigen uns, wo ungeheure Kapitalien eingefroren sind, die nur noch hohe Zinsen treiben. Ohne notwendige Abschreibungen der eingefrorenen Kapitalien kann in absehbarer Zeit in vielen Zweigen der Wirtschaft nicht rentabel gearbeitet werden. Hier muß eine

Auflockerung der Kartellwirtschaft und der Monopolpreise

nachholen. Solange Hochschutzzölle uns vor der Einfuhr billiger Lebensmittel bewahren, zahlen wir zum Schutze der Landwirtschaft beispielsweise für jede Tonne Weizen etwa 200 RM über den Weltmarktpreis hinaus, für Roggen etwa 115 RM; daher muß Deutschland eine Teuerungsinsel bleiben. Das wirtschaftliche Verjagen der Landwirtschaft kostet dem deutschen Volk jährlich Milliarden Reichsmark. Allein für den Weizen und Roggenverbrauch ergibt die deutsche Landwirtschaft nicht als 1,5 Milliarden Reichsmark staatliche Ueberpreise in Form von Zollprämien in die Taschen abziehen, wenn man für 1931 nur die in Deutschland im Jahre 1927/28 in sämtlichen deutschen Mühlen verarbeiteten Mengen der Berechnung zugrunde legt.

Ueberteuerte Lebensmittel können mit Elendslöhnen und mit Hungerrenten

nicht konsumiert werden, sie führen vielmehr zu weiteren schweren wirtschaftlichen und politischen Stürmen.

Nur im Lohnabbau erblicken die Wirtschaftsverbände den wichtigsten Rettungsanker für das „individualistische Wirtschaftssystem" und die wichtigste Voraussetzung für die notwendige Kostensenkung. Auf diese Weise wird man nur erreichen, daß der ständig steigenden Zahl der abbauenden Lohnempfänger die Augen aufgehen; sie werden der privaten Planwirtschaft eine Absage erteilen und im Zusammenhang damit Rettung erblicken. Eine wirkliche freie Wirtschaft, frei von Subventionen und Protektionen, hat es nie gegeben und sie wird sich

innerhalb einer bereits international kartellierten Wirtschaft

nimmermehr durchsetzen.

„Zu den „Zeitmaßnahmen" wird der Abbau der „überhöhten Soziallasten" gefordert. — Wie oft schon sind die Zuschüsse der öffentlichen Hand für die gesamte Erwerbslosenversicherung gegenüber den offenen und versteckten staatlichen Zuwendungen an die private Wirtschaft! Der Reichsminister für mehr als 20 Millionen versicherte Arbeiter und Angestellte in der Sozialversicherung ist mit einer Summe nicht in Verzleich zu bringen.

Die organisierte Arbeiterschaft hat immer und immer wieder ihre Stimme erhoben und Wege gezeigt, unter denen der Wirtschaft aufzuhelfen, die Kriegsfolgen zu mildern gewesen wären. Die Wirtschaft der Unternehmer und ihr Verbänden auf wirtschaftlichem Gebiet hat aber alle Vorschläge zunichte gemacht.

Mit gewaltpolitischen Maßnahmen, wie sie die Unternehmerverbände fordern,

werden vielleicht Interessentenhaufen befriedigt,

aber der Kapitalismus wird dadurch nicht gerettet. Die Zahl seiner Totengräber wächst, weil die Zerstörer der Produktionsmittel den Widerspruch zwischen Güterproduktion und Güterverbrauch nicht lösen können.

Die Antwort der Gewerkschaften

Auf das Sofortprogramm der Unternehmerverbände

Die Spitzenverbände aller Gewerkschaftsrichtungen erklären als Antwort auf das Manifest der Unternehmer gemeinsam die folgende Stundenbahnung:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den brennungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen. Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart ohne staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen **Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems** in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Zollpolitik, Liberationsstiftung, Kapitalfehlleitung und systematische Zerstörung der Kaufkraft. Seit 1½ Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein. Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben einmal folgende vordringliche Forderungen:

1. **Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.**
2. **Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.**
3. **Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.**
4. **Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.**
5. **Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.**
6. **Oeffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen bei Kapital- und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.**
7. **Rückhaltlose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.**

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewußter Forderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverschuldung und der Reparationen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Deutscher Gewerkschaftsbund. (Christliche Richtung.)
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände. (Hirsch-Dunckersche Organisationen.)

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Kürze

Plötzlich und überraschend erfolgte in Deutschland der Rücktritt des Reichsfinanzministers. Reichskanzler Brüning ist mit der Umbildung des Kabinetts beauftragt. Auf Betreiben der Deutschen Volkspartei, die sich offen für eine Kursänderung nach rechts ausspricht, ist deren eiserner Mitarbeiter, Reichsaufenminister Curtius, zum Rücktritt aufgefordert worden. In weiterer Folge hat dies den Rücktritt des Gesamtkabinetts ausgelöst.

Am 7. Oktober hat der Reichspräsident eine **neue Notverordnung** unterzeichnet, in der das in der Oeffentlichkeit seit langer Zeit erörterte **Sanierungsprogramm der Reichsregierung** enthalten ist. Ein wesentlicher Teil zur Ausgleichung ihrer durch die Mehrlastenlasten in Unordnung gebrachten Haushalte eine Reichshilfe in Höhe von 150 Millionen Mark gewährt werden. Ein Teil der Zahlungen in der Arbeitslosenversicherung soll in Zahlscheinen bestehen können. Neubauten von Wohnungsbauten dürfen für einige Jahre nicht ausgeschlossen werden. Die Gemeinnützigen wird gewährt. Das Reich leistet Mittel für die landwirtschaftliche und volkstümliche Siedlung zur Verfügung. Die Notverordnung enthält auch eine Reihe Mißbrauchen für die Arbeitslosenhilfe und die Arbeitslosen, die Reichskanzler Brüning feierlich in den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zugesagt hatte.

Eine überraschende Wendung nahmen die Verhandlungen über **Lohn und Arbeitszeit im Ruhrbergbau.** Das Moratorium arbeitsabkommen wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber erneut gestraft abgelehnt, obwohl heute über 10 000 Bergarbeiter die Arbeitsämter bevölkern und die noch in Arbeit stehenden 212 000 Arbeiter monatlich vier bis sechs Arbeitschichten ertragen müssen. An der Kommission aber, wo ebenfalls keine Einigung der Parteien zu erzielen war, wurde zum zweiten Male durch Notverordnung eine Zonder Schlichtungskammer errichtet, die unter Ausschluß der Parteien Auch Lohnabbau von 7 v. H. befürwortete, während der Bergarbeiterverband 10 v. H. erforderlich hatte. Die Gewerkschaften lehnten den Spruch ab, weil er ihnen zu weit ging, die Unternehmer lehnten ab, weil ihnen die 7 v. H. zu wenig waren. Nun aber kommt das Unfaßbare: Der Schiedsspruch wird am 21. September gefällt, tags darauf für verbindlich erklärt und am 1. Oktober erfolgt die Neuerung eine neue Notverordnung, durch wird den 162 000 Bergarbeitern, soweit sie unter Tage beschäftigt sind, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung erlassen. Für die größte Arbeiterkatastrophe versundert sich damit praktisch die Lohnsenkung um 7 v. H. Zudem aber auch für die Zechenbesitzer, das bedeutet neben der Lohnkostenminderung um 7 v. H. eine weitere Kostenersparnis durch Erlaß der Arbeitgeberanteile zur Arbeitslosenversicherung um 3½ v. H., insgesamt eine Entlastung um rund 10 v. H. — Für die Arbeiter also weitere Opfer, für die Unternehmer kolossale Erleichterungen. Der Vorschlag durch Reichsarbeitsgesetzes nicht weiter, wonach endlich wird man dem Kreditsinkel der Volkswirtschaft der tarifliche **Preisbildung in Zeiten** ordnen?

Schwerbewaffnete Heimwehr. Im österreichischen Nationalrat teilte Innenminister Winkler das Ergebnis der Waffenbeschlagnahme bei der Heimwehr mit: 31 Maschinengewehre, 2217 Militärgewehre und 500 Bajonette.

Sonderpolitik und Spaltungstaktik hat auch im Mitgliederbestand der Gewerkschaften Rückschläge gebracht. Hinzu kommt die verderbliche Orientierung auf gewerkschaftlichem Gebiet nach religiösen, nach parteipolitischen und nach sprachlichen Gesichtspunkten. Es verbreiten sich indessen Anzeichen einer Gesundung und Befestigung des gewerkschaftlichen Gedankens. Die kommunistische Spaltungs-politik hat abgewirtschaftet. Die schlechten Erfahrungen mahnen zur Umkehr. Die sozialistisch organisierten Gruppen arbeiten einig Hand in Hand. Gegenwärtig wird die Novellierung einiger Gesetze im Sinne einer weiteren Verbesserung vorbereitet, von denen hauptsächlich zur Zeit die Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Woche und die Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung im Vordergrunde steht.

•

Ein Besuch in Batas Reich

Wie schon mitgeteilt, hat ein Teil der Kongreßteilnehmer aus verschiedenen Ländern nach Beendigung des Kongresses einen Ausschnitt aus dem Riesenbetrieb von Bata in Zlin zu sehen bekommen. Wir bereits bemerkt, trafen wir bei der Firma auf echt amerikanische Zuvorkommenheit. Die Herren, welchen die Führung bei der Besichtigung anvertraut war, ließen uns Zeit, um uns genügend in die Einrichtungen vertiefen zu können. Herr Bata selbst, der uns in seinem Werk begrüßte, ist persönlich recht konzilant. In einem Anflug von Humorvolle äußerte er die Ansicht, daß eine gegenseitige Unterhaltung von Person zu Person zur Ergründung der Wahrheit jedenfalls zweckmäßiger erscheine, als ein Herumschlagen vor Gericht, wobei ja doch nur Dritte einen Vorteil finden. Das trifft sich auch mit unserer Auffassung.

Man erreicht Zlin im Schnellzug von Prag aus in östlicher Richtung in etwa sechs Stunden und kann sich dabei gleichzeitig einen Begriff machen über die große Langausdehnung des tschechischen Staates. Denn hier befindet sich sozusagen erst der Mittelpunkt des Landes.

Der erste Eindruck bei dem Eintritt in den ausgedehnten Fabrik Komplex: Die Bata Werke haben sich in den letzten beiden Jahren jedenfalls sehr ausgedehnt. Die Firma hat weitere große Neubauten erstehen lassen. Zur rechten Seite zeigt ein umfangreicher neuer Fabrikbau mit neun Geschossen empor. Der Typ der nur zweigeschossigen Fabrikbauten ist eben verlassen worden. Im Gelände abwärts wird zur Zeit ein Fabrikbau früheren alten Stils abgetragen, jedenfalls, um einem modernen Platz zu machen. Im Gelände aufwärts ragt in lichter Bauweise in Eisenbeton und Glas das neue Warenhaus empor, zunächst nur provisorisch als Kantine mitbenutzt, denn die bisherigen Speisehallen mit dem Kino im zweiten Stock erwiesen sich bei dem Massenwachstum der Belegschaft als zu klein. Vor dem Eingang zum eigentlichen Fabrikkomplex, wo früher alle landwirtschaftliche Wirtschaft-gebäude standen, befindet sich nun eine umfangreiche Grünanlage. Weiter aufwärts liegt, in Hufeisenform angelegt, die Schule für die Lehrlinge. Jetzt ist das dritte Gebäude für die Unterkunft der jungen Leute vollendet worden.

Wieviel Schuharbeiter sind hier beschäftigt? Die Herren aus Bata-Umgebung arbeiten gern mit runden Zahlen. Die Belegschaft hat sich in den letzten Jahren von 12 500 auf beinahe 25 000 erhöht, also ungefähr verdoppelt. In der Schuhherstellung als solcher zählt man zur Zeit rund 15 000 Leute. Was man besonders betont: Bei dieser Riesenbelegschaft kommt Bata mit einem Büropersonal von höchstens 2000 Personen aus.

In einer Spanne von reichlich zwei Stunden gibt es keinen abschließenden Einblick in einen derartigen Riesenbetrieb. Um gründlich zu studieren, bleibt man auf einige Teilausschnitte angewiesen.

Einblick genommen haben wir in die Gerberei, einen ganz ansehnlichen Betrieb. Diese Lederfabrikation ist aber an diesem Platze nicht leicht erweiterungsfähig, wegen der in dieser Gegend erst noch zu überwindenden Schwierigkeiten der Wasserbeschaffung. Die Firma verfügt in anderen Zentren des Landes über Gerberei-betriebe. Ein Teil des Lederbedarfs wird durch Einfuhr gedeckt. Besichtigt wurde des weiteren ein Damen-Mac-Key-Betrieb, eine Oberteil-Stanzerei und ein Goodyear-Welt Betrieb für Herrenschuhe. In einem Sohlleder-Stanzereibetrieb hineinzuschauen, dazu fehlte leider die Zeit.

Aus Zeitmangel nicht besichtigen können haben wir Fabrikationsräume, wo gerade die billige marktgängige Ware, holzgenagelte Arbeit, Kinderschuhwerk, Damenschuhe in Satin, Kamelhaarschuhe usw. hergestellt werden. Diese Fabrikation hätte zur Beurteilung des Leistungspensums allerdings unser vordringliches Interesse erregt. Aber wie gesagt, wir hatten eben über mehr Zeit verfügen müssen. — Aus den gleichen Gründen konnte nicht Einblick genommen werden in die Holzbetriebe, Holzabsatzfabrikation, Leistenfabrikation; auch nicht in die Maschinenfabrik und in die Maschinenreparaturanstalt. Wir sahen keine Möglichkeit, die Nebenbetriebe zu besichtigen, in denen man sich mit der Herstellung der Schuhpuzmittel, Pappkartons usw. befaßt. Endlich, und das wäre ebenfalls besonders bedeutsam gewesen, sahen wir aus Zeitmangel nicht die Möglichkeit, in die sicher sehr ausgedehnte Gummiabsatz- und Gummischuhfabrikation, d. h. in die chemischen Fabriken Einblick zu gewinnen. Es wäre deshalb vermessen, wenn wir ein Urteil über den Gesamtbetrieb, über die Bedeutung der Betriebszweige unter sich, über die eigentliche Gliederung des Gesamtbetriebes annehmen wollten.

Im Schuhfabrikationsbetrieb, soweit wir ihn besichtigen konnten, sieht man fast allgemein die gleichen Maschinentypen wie in der deutschen Schuhfabrikation. Bei der Konzentration der Schuhmaschinenfirmen auf eine Reihe führender Betriebe die Weltbedeutung haben, ist das nicht verwunderlich.

Ueber die Betriebsorganisation im Bata-Betrieb bedarf es an dieser Stelle nicht vieler Worte. Der Leser ist bereits aus früheren Schilderungen im Bilde, worin das hier eingeführte „System der Selbstverwaltung der Werkstätten" besteht. Die Produktion in jedem Einzelbetrieb ist nach im voraus bestimmten fest umrissenen Tagesplänen vorgeschrieben. Der Leiter eines solchen Einzelbetriebs, der einen bestimmten Auftrag übernommen hat, trägt für dessen ordnungsmäßige Ausführung als „selbstständiger Unternehmer" die Verantwortung.

Wie gesagt, das alles ist im allgemeinen ja schon sehr bekannt. Um so mehr interessiert uns nun ein tieferer Einblick in die innere Betriebstechnik.

Das Arbeitstempo in der Bodenabteilung wie auch in der Stepperei wird durch den „Conveyor" beherrscht. Ein Conveyorsystem rotierender Rollen befördert die mit je drei Paar Schuhwerk besteckten kleinen Arbeitsgestelle. Ruckweise in Minutenhöhe gleitet das Arbeitsgut nahe an den seitlich aufgestellten Arbeitsmaschinen vorbei. Die Arbeitsintensität des Einzelarbeiters wird durch diesen Zubringermechanismus zwangsweise auf die höchsterreichbare Tourenzahl gebracht. Es ist wohl so, wie bei dem in einigen deutschen Fabriken erprobten wirklichen Band, das auf geringere oder größere Geschwindigkeit ein-stellbar ist. Die Abstimmung des gesamten Arbeitsgangs erfolgt [illegible] durch Aufstellung einer größeren oder geringeren Zahl von Maschinen. Bei insgesamt zwei Ueberholmaschinen sahen wir im Goodyear-Herren-Betrieb, wenn wir uns recht erinnern, vier Einsetzmaschinen

Internationale Tagung
der Schuh- u. Lederindustriearbeiter

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Diskussion über den Bericht des Sekretärs wurde am zweiten Verhandlungstage fortgesetzt. Die Aussprache zeigte ein Bild der Krisenwirkungen in den verschiedenen Ländern, speziell in den Schuh- und Lederberufen. Auch in Frankreich haben mächtige Kämpfe stattgefunden. In Limoges waren 9000 Arbeiter ausgesperrt. Im Juli standen 1900 Sandalenmacher in Moleau im Kampf. Produktionstechnisch hat die Rationalisierung den Arbeitsertrag in allen Ländern ungeheuer gesteigert. Wir fordern die 40-Stunden-Woche, weil die bisherige Arbeitszeit zu lang ist. Man brauchte nicht einmal mehr 30 Stunden zu arbeiten, um den Markt mit genügend Waren zu versorgen. Mit besonderem Nachdruck wurden auf dem Kongreß die Druckmittel scharf verurteilt, mit denen der Kapitalismus die Arbeiter unter seiner Fuchtel hält. Ein Produktionssystem, das die Arbeiter schon mit 40 Jahren als abgebraucht und zu alt beiseite schiebt, ist ein für das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben untragbares System. Denn kein Staatswesen ist in der Lage, für die Opfer des Kapitalismus einzustehen. Wir fordern die Verkürzung des Arbeitstages auch aus gesundheitlichen Gründen, denn die Arbeitskraft wird mit 40 Stunden voll ausgegeben.

Stark unter Kritik standen wiederum auch auf diesem Kongreß die Unternehmungen, die Anspruch darauf erheben, ihre Ware im Weltmaßstabe umzusetzen, die aber im eigenen Hause sich durch Verneinung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit hervortun. Bei der schweizerischen Großfirma Bally ist noch nicht einmal die Arbeitszeit auf 48 Stunden herabgesetzt. Die jahrelange Mutlosigkeit der dortigen Arbeiter, Verträge abzuschließen, rächt sich jetzt. Obschon die Belegschaft um 30 Prozent abgebaut werden mußte, hat die Firma sich nicht dazu bequemt, eine allgemeine Verkürzung der regulären Arbeitszeit vorzunehmen.

An praktischen Beispielen wurde gezeigt, wie nützlich der Austausch guten Informationsmaterials in internationaler Beziehung ist. Es gelang in verschiedenen Fällen, an Hand dieses Materials unrichtige Behauptungen des Unternehmertums zu entkräften und auf diese Weise Lohnabbaubestrebungen zurückzuweisen. Ein Ausbau dieses Auskunftsdienstes soll verwirklicht werden.

Stark unter Kritik stand wiederum auch das Bata-System, unter dem ebenfalls die Bereitschaft zur kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen versagt wird. In der Aufsaugung der zahllosen Kleinmeister-Existenzen zeige sich die kapitalistische Entwicklungstendenz in reinster Form. Das sei der von den Sozialisten vorausgesagte Zustand. Damit entstehen staatspolitisch wie nationalökonomisch neue Probleme, die eine Lösung erheischen.

Die allgemeine öffentliche Kritik habe bewirkt, daß die Firma Bata sich einigermaßen anders einstellt, als vor einigen Jahren. Es sei kein Geheimnis, daß bei dieser Firma die Löhne in dem Zeitabschnitt der letzten Jahre teilweise ganz bedeutend erhöht worden seien. An den völlig einseitigen Rechtsverhältnissen sei jedoch nichts geändert. Die Arbeiter dieser Firma hätten noch nicht begriffen, worum es in diesem Kampfe geht, sonst würden sie die Konsequenz gezogen haben, zur Organisation zu kommen. Die Firma hat auch in Deutschland gegen unsere Presse prozessiert. Merkwürdig war, daß der Kläger glaubte, sich auf eine Schrift des Internationalen Arbeitsamts berufen zu können. Wir konnten aber feststellen, daß diese Schrift tatsächlich und sachlich nur bestätigt, was wir an dem Bata-System als schädlich zu bemängeln haben. So sagt z. B. die Schrift sehr richtig, daß die sogenannte „Gewinnbeteiligung" in Wirklichkeit eine Produktionsprämie ist. Eine „echte" Gewinnbeteiligung nach wissenschaftlichen Begriffen würde vorliegen, wenn aus dem eigentlichen bilanzmäßig ausgewiesenen Jahresgewinn Teile an die Arbeiter zur Verteilung gelangen würden.

Nichtdestoweniger hatten wir die geringe Sorgfalt zu bemängeln, mit der dieser Bericht des Internationalen Arbeitsamts zu einer Beurteilung der Dinge gelangte. So entstand auch auf dem internationalen Kongreß die Frage: „Wie ist dieser Bericht des Internationalen Arbeitsamts gedreht worden?" Wir hatten uns schon vorher veranlaßt gesehen die Fragen aufzuwerfen, ob der Verfasser der Schrift, Herr Devinat, auch deutsche Schuhfabriken, und zwar moderne Fließbandbetriebe besichtigt hat und ob der Inhalt der Bestimmungen des deutschen Reichslohntarifes zu der Beurteilung der Dinge herangezogen wurde. Eine Antwort darauf konnte uns nicht gegeben werden, weil der Verfasser zur Zeit nicht mehr im Dienste des IAA. steht. Jedenfalls hätten die Arbeiter das Erscheinen dieser Schrift bei der Heftigkeit des in der Oeffentlichkeit entbrannten Streites weniger befremdlich gefunden, wenn dieselbe auf die Basis der vergleichenden Betrachtung von Land zu Land getreten wäre.

Nach Abschluß der Debatte gelangte der Kongreß zur einstimmigen Annahme der in der vorigen Nummer des „Schuhmacher" bereits mitgeteilten Entschließung, in welcher die Landesorganisationen beauftragt werden, gegen jedes soziale Dumping anzukämpfen.

In weiterer Folge der Tagesordnung referierte Kollege Valchar über „Die Entwicklung der Schuh- und Lederindustrie und die Lage der Arbeiter in der Tschechoslowakei". Seine Ausführungen gaben besonders hinsichtlich der Technisierung und Rationalisierung in der Schuh- und Lederindustrie dieses Staates ein typisches Bild der modernen kapitalistischen Entwicklungstendenzen und zeigten gleichzeitig auf, worauf sich die Arbeiterklasse vorzubereiten hat. Das Referat wurde beifällig und ohne Wechselrede entgegengenommen. Auf das Wesentlichste aus dem Referat werden wir in einem besonderen Aufsatz zu sprechen kommen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde die Anregung, ein Internationales Reisebuch zu schaffen, um eine bessere Uebersicht über die Auszahlungen der Reiseunterstützung bei Reisen in fremden Ländern zu gewährleisten, dem Zentralkomitee zur Vorberatung überwiesen. Die Anträge der nordischen Länder zur Erhöhung des internationalen Kampffonds eine Beitragserhöhung um 5 Pfennig vorzunehmen, wurden angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgezogen. Auf Antrag des Zentralkomitees wurde jedoch eine minimale Beitragserhöhung pro Mitglied von 1 Pfennig beschlossen, um dem Zentralkomitee zur Entfaltung seiner Tätigkeit genügend Mittel zuzuführen. Der Beitrag ist den Zentralkassen der Landesorganisationen auferlegt. — Ziemlich umstritten war wiederum die Frage nach der zwei- oder dreijährigen Kongreßperiode. Die englische Delegation insbesondere setzte sich für Stattfinden des Kongresses in Zeitabständen von zwei Jahren ein. Es wurde schließlich nach der Mitgliederzahl abgestimmt und mit Mehrheit beschlossen, es wie bisher bei der zweijährigen Periode zu belassen.

Als internationaler Sekretär wurde J. Simon wiedergewählt. Der Vorstand, der gleichfalls einstimmig wiedergewählt wurde, setzt sich aus Vertretern der Verbände in Deutschland, England, Frankreich, der Tschechoslowakei und Norwegen zusammen.

Zum Schluß der Tagung dankte Kollege Simon recht herzlich für die freundliche Aufnahme, die die Delegierten durch die tschechoslowakischen Organisationen gefunden haben und für das außerordentlich umsichtige Arrangement des Kongresses.

Das Zentralkomitee der Schuh- und Lederarbeiter-Internationale

Erste Ausschußsitzung des ADGB.

Am 2. Oktober 1931 trat der Bundesausschuß des ADGB. unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts, sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin

---

fünf Doppelmaschinen direkt hintereinander aufgestellt. Die Antriebskraft der Einzelmaschine erfolgt durchwegs durch Einzelmotor. Der Arbeiter hat seine Arbeit jeweils sofort auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Wir sahen bei den Einstechmaschinen einen „Versager" machen. Die betreffenden, um die Spitze nicht ganz taktfesten Schuhe kamen bei dem Gestell obenauf zu stehen. Sie wandern auf dem Conveyor mit herum, um, ebenso wie in deutschen Fabriken üblich, in die Nachreparatur zu gehen.

Bei der Arbeit am Conveyor ist mit jeder Minute zu rechnen. Man stelle sich ein durch Zufall hervorgerufenes Zurückbleiben vor. Nur der mit starken Nerven ausgestattete Mensch ist nach unserer Ansicht imstande, bei solchen Anlässen nicht außer Fassung zu geraten.

Die Herstellung der Schuhe erfolgt bei Bata vom fertigen Zuschnitt an bis zum fertigen Ausputz fortlaufend in einem Raum. Das vorgerichtete Stanzmaterial und der Oberlederzuschnitt gehen durch Förderanlage bei. Der Trocknung-prozeß während des Arbeitsganges geht, wenn wir richtig gesehen haben, in einem einzigen Heizung-kanal vor sich. Im übrigen schien das Bodenleder nicht unnötig angefeuchtet, so daß der Arbeitsprozeß einschließlich des Fertigmachens ohne Unterbrechung verlaufen kann. Dieses Problem fand seine Lösung ja seit Jahren auch in der deutschen Schuhfabrikation.

Wir betreten eine dieser Werkstätten für die Bodenfabrikation. Vor dem eigentlichen Fabriksraum links hinter einer Glaswand ein Buchhalterbüro, in dem zwei junge Leute tätig sind. Daneben an der Wand eine Lohntafel der „Spitzenreiter", d. h. derjenigen Meister und Arbeiter, die in der Vorwoche inklusive der Gewinnbeteiligung die besten Verdienste erzielten. Diese Tafel, die jede Woche erneuert wird, enthält etwa ein Dutzend Lohnangaben.

Die Entlohnung an sich erfolgt in mehreren festen Abstufungen, je nach Einschätzung der Arbeits-spezialität. Ueberholer, Balmennäher und sonstige Arbeiter an den üblichen Spezialmaschinen sind in die oberste Lohnstufe eingereiht. Das Einkommen erhöht sich durch das bekannte, bewegliche, sogenannte Gewinnbeteiligungs-system, das, wie bekannt, von unserer Seite Gegenstand schärfster Kritik geworden ist. Wir erinnern uns, daß nur einem gewissen Prozentsatz der Belegschaft, u. a. im allgemeinen nur der erwachsenen Arbeitergruppe, diese Einrichtung offen steht. — Wir besehen uns nun den Arbeitsraum und finden für jedermann zugänglich die Tafeln über die Tagepläne und die Eintragungen über die Produktionsziffern der zurückliegenden Zeit ausgehängt. Wir betreten den Raum für Damenschuhe und sehen, daß in diesem Saale sogar ein zweifacher Fabrikationsgang untergebracht ist. Auf der einen Langshälfte laufen Damenhalbschuhe durch, Samischleder ohne Verzierung, auf der anderen Lang-front Damenschuhe gleicher Ausführung, gleiche Leder-sorte, jedoch mit Verzierung im Schaft. Der Fachmann sieht sofort die Vorteile der Einstellung der Produktion auf typisierte Ware, die nur in einem Betrieb mit entsprechender Größe und beim Eingang umfangreicher Bestellungen möglich ist. Eine Leistenform, ein und derselbe Schuh durch den ganzen Betrieb, bis wieder eine Umstellung auf eine neue Type kommt.

Diese Damenware, die wir sahen, war Mac Kay-Ausführung. Ago-Ware wird bei Bata ebenfalls hergestellt. Sehr hastig erschien uns die Arbeit am Band in der Stepperei. Die Steppmaschinen usw. stehen hintereinander. Der Arbeitszubringer ist rechts daneben. Man hat den Eindruck, daß die Maschinen sehr dicht aufeinander stehen, offenbar bedingt durch das Conveyor-System. Die Nahmaschinen sind alle einheitlich, der Tisch mit starker Zinkplatte versehen. Als Sitzgelegenheit sehen wir einheitlich im ganzen Betrieb, in der Kantine wie auch hier, die in der Höhenrichtung verstellbaren Hocker. Arbeitsschemel mit Rückenstütze würden in dieser engen Anordnung der Maschinen wohl auch nicht eingeführt werden können.

Warum wir Wert darauf legen, all das zu erwähnen, obschon vieles doch in Uebereinstimmung steht mit den Einrichtungen, wie wir sie in den deutschen Betrieben finden? Diese Frage beantwortet sich aus der Problemstellung. Wir glauben dazu verpflichtet zu sein, über einen Betrieb, der in kurzer Zeitspanne Weltgeltung erlangte, auch in den Einzelheiten uns so gut als möglich zu unterrichten.

Im Zuschneideraum trafen wir im Gegensatz zu deutschen Verhältnissen auf eine Absonderheit. Wie bei uns die Maschinen, hat man bei Bata den Handzuschnitt aufgegeben. Die Oberleder werden auf der Oberlederstanze gestanzt. Ob in allen Abteilungen wissen wir nicht. Hier handelte es sich um stärkere Leder für Sportartikel. Daß diese ebenfalls typisierte Fabrikationsweise vorteilhaft ist, steht außer Zweifel. Die Oberlederstanzmaschinen gehen aus der eigenen Maschinenfabrik der Firma hervor.

Das Bata-Unternehmen ist, wie uns gesagt wird, bisher von den Arbeitsstockungen der allgemeinen Krise unberührt geblieben. Was wir über die Lohnverhältnisse ermitteln konnten, reicht nicht aus, um für ein abschließendes Urteil feste Anhaltspunkte zu gewinnen. Der Prozentsatz der deutschsprechenden Arbeiter ist klein, durch direkte Erfragung kommt man nicht zu aussagekräftigem Material. Die Arbeitszeit im Bata-Betrieb ist fünf Tage in der Woche, täglich neun Stunden mit einstündiger Unterbrechung in der Mittagszeit. Das gesetzliche Verbot der Arbeit am Sonntagnachmittag für verheiratete Arbeiterinnen hat zu dem Entschluß geführt, direkt zur 5-Tage-Woche überzugehen. Verhandlungen über einen Lohnausgleich sind mit dieser Maßnahme nicht verbunden gewesen, jedoch ist effektiv der Lohn im Batabetrieb in dem neueren Zeitabschnitt gegen den Stand vor mehreren Jahren bedeutend heraufgesetzt worden. Bei der Bandarbeit besteht das Kollektive Akkordsystem. Es sind vier Lohngruppen gebildet. 1. Männer über 21 Jahre; 2. Frauen über 18 Jahre; 3. Jugendliche unter 21 Jahren; 4. junge Mädchen unter 18 Jahren. Der Wochenverdienst ist in seiner Höhe abhängig von der erzielten Produktionsziffer. Die Berechnung zunächst geht von einem bestimmten Produktionssoll aus. Nach einem bestimmten Schlüssel unter Berücksichtigung der hergestellten Einheiten wird der entsprechende Gesamtverdienst auf die Arbeiter verteilt. Die tabellarischen Lohnsätze für die Lohnberechnung sind also nur als Richtsätze anzusehen, nach denen jede Woche der eigentliche Verdienst entsprechend dem Produktionsfaktor errechnet wird. In die tieferen Zusammenhänge des Produktions-, Lohn- und Verrechnungssystems einzudringen, dazu reicht ein flüchtiger Besuch nicht aus. Die Firma sagt, daß ihr von Arbeiterseite Wünsche in bezug auf den Lohn noch nie vorgetragen worden seien. Jedenfalls ist es aber so, daß die Arbeiter die Festsetzung der Lohngrundlagen nicht im geringsten mitbeeinflussen können, weil sich dies die Leitung allein vorbehält.

Wenn der Arbeiter neu in die Beschäftigung aufgenommen wird, kommt er zuerst in die Schulwerkstätte und erhält hier nur einen Mindestwochenlohn. Die Werkmeister aus den Standardwerkstätten mit Conveyorproduktion wählen sich hier die passenden Arbeiter aus. Bedeutend geringere Verdienste sind in allen den Schuhwerkstätten zu verzeichnen, in denen das Conveyor-System nicht eingeführt ist.

Auf der Lohntafel am Werkstatteingang sahen wir Spitzenverdienste verzeichnet, einschließlich Gewinnbeteiligung von 800 Kronen pro Woche. Aber wie gesagt, wie sich die Verdienste sonst differenzieren, im allgemeinen und bis hinunter zur weiblichen jugendlichen Hilfarbeiterin, darüber waren

schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Graßmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten.

Was die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundkurses die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann.

Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlicherklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen solle — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen.

Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Arbeitgeber. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, das Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrheit tariffreundlich seien und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlich tarifgegnerischen Standpunkt stehe. Wenn diese Illusionen einer Widerlegung bedurft hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffeindlichkeit in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechtes in diesem heute Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 v. H. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 v. H. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Prozentsatzes von 20 v. H. ist aber offenbar nicht die einheitliche Ueberzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man sieht vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparinns führen würde, oder einer Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlicher Ausgaben in sich schließe. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem zweckbewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezöllen energisch vorzugehen, ist daher mit starkem Zweifel aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6½ v. H. des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die sechs Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen wurde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (evtl. auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die ADGB.-Fraktion die Regierung auf das Unerträgliche einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen.

Diese Lösung mußte unter den obwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern. —

An den Bericht des Kollegen Graßmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der sich nicht nur der Verbandsvorsitzende, sondern insbesondere auch die Lokalpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffes in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, halten für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Vierzig-Stunden-Woche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst besteht nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortdauernden Drosselung der öffentlichen Aufgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipart ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, sechs Arbeitnehmervertreter in den Ausschuß zu berufen. Die sechs Delegierten der Arbeitnehmerschaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufteilen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den sechs Vertretern der Arbeitnehmerschaft hat der ADGB. zwei zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.

Kongreß des französischen Schuh- und Lederarbeiterverbandes

(Fédération National des Cuirs et Peaux)

Am 13. und 14. September 1931 fand in den Räumen der „Bourse du Travail" in Paris der 14. Kongreß des französischen Schuh- und Lederarbeiterverbandes statt, auf welchem 56 Delegierte vertreten waren. Von den ausländischen Organisationen war H. Mahler (Berlin) vom Deutschen Lederarbeiterverband und M. Lex (Nürnberg) vom Zentralverband der Schuhmacher anwesend, letzterer zugleich als Vertreter der „Internationalen Vereinigung der Schuh- und Leder-Industrie Arbeiter". Aus England, Ungarn, Österreich, Spanien, Schweden, Norwegen, Tschechoslowakei und anderen Ländern lagen Begrüßungsschreiben vor, in welchen die herzlichsten Glückwünsche für einen guten und erfolgreichen Verlauf des Kongresses übermittelt wurden.

Zu seiner in herzlichen Worten gehaltenen Begrüßungsansprache gedachte Kollege Roux besonders der Schiffskatastrophe „Saint-Philibert", bei welcher eine größere Anzahl Mitglieder des französischen Verbandes ihr Leben einbüßten.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß der französische Schuh- und Lederarbeiterverband in 56 Sektionen eine Mitgliederzahl von 10 007 aufzuweisen hat, wovon 8809 männliche und 1198 weibliche. Hiervon sind: 1947 Schuhmacher in Industrie und Handwerk, 3929 Gerber, 255 Sattler, Portefeuiller und Reiseartikelarbeiter, 860 Handschuhmacher und 25 Kürschner. Von Interesse war auch die Mitteilung, daß die kommunistische Organisation der Schuh- und Lederarbeiter nur mehr rund 200 Mitglieder aufzuweisen hat. Der Erfolg der kommunistischen Zersetzungsarbeit besteht also darin, daß tausende früher organisierte Arbeiter der Schuh- und Lederindustrie indifferent geworden sind.

Im Berichtsjahr von 1927 bis 1931 fanden 54 Arbeitsniederlegungen statt, an welchen 21 661 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Von diesen 54 Streiks konnten 31 mit vollem Erfolg und 18 mit teilweisen Erfolg beendigt werden, während in fünf Fällen der Kampf erfolglos abgebrochen werden mußte. An Streikunterstützung wurde der Betrag von 56 086 Francs ausgegeben.

Im besonderen wurde über die zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit geklagt. Mit Ausnahme von Rancy, wo in der Schuhindustrie die Beschäftigung noch normal ist, ist in allen übrigen Industriezentren große und dauernd zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vorhanden. Eine Anzahl stillgelegter Betriebe wird wohl überhaupt nie mehr wieder eröffnet werden. Auch in Frankreich versuchen die Arbeitgeber in der Weise vorzugehen, daß sie den Arbeiter einen Revers unterzeichnen lassen, wonach die Kündigungsfrist aufgehoben ist, bzw. nur mehr einen Tag beträgt. Durch die Regierung wurde aber eine Verordnung erlassen, wonach solche Reverse ungültig sind.

In der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehen auch in Frankreich die Meinungen auseinander. Die Tabakfabrik

---

feste Anhalt-punkte nicht zu gewinnen. — Die Firma wünscht, die Arbeiter zur Sparsamkeit zu erziehen. Wenn es bei Ford in Amerika heiße: „Verdienen und ausgeben", so sei hier Grundsatz: „Verdienen, ausgeben und sparen." Zum Sparen gehören zuerst allerdings die nötigen Moneten. Besonders bei den jungen Leuten im Internat ist auch für das Sparen ein „Sollplan" vorgesehen. Nach einer graphischen Darstellung zu schließen, wurden die gehegten Erwartungen noch nicht voll erreicht. — Das gesamte Sparkapital, die Konten auch der leitenden Personen eingeschlossen, wird mit über 100 Millionen Kronen angegeben —

Ueber die neuzeitliche, vollendet hochstehende Anordnung und Bauweise der Fabrikanlagen, deren einwandfreie Ausstattung in hygienischer Beziehung, waren sich von jeher alle einig, die Zlin schon einmal besucht haben. Eine besondere Reinigungskolonne — wie man uns sagte 15 Personen stark — sorgt dafür, daß die Fabrikfenster, die Gänge und Straßen und die Kaumlichkeiten stets blank und sauber bleiben. Der Einzelantrieb der Maschinen ermöglicht gute Verbindung mit der Absaugeleitung. Die Stahlbadewanne geht an Manchem durch den Kamm, ebenso die Heizungsanlage. Für Reinhaltung der Atmungsluft ist also im bestmöglichsten Sinne Sorge getragen.

Eine auffallende Erscheinung ist, daß Arbeiter und Arbeiterinnen in vorgerückten Jahren nicht viele anzutreffen sind. Die Firma kann sich also glücklich schätzen, über einen Stamm von Leuten im besten Mannesalter zu verfügen. Das soll keine Kritik sein; wie überhaupt diese Zeilen ja lediglich der Tatsachenfeststellung gewidmet sind. Nur eine Ausnahme von dieser Richtschnur darf uns hier gestattet sein. Von dem Gesamteindruck, den wir mitgenommen haben, bleibt in vorderster Stelle derjenige haften, daß die Arbeitsmethode am Conveyor eine nicht zu überbietende Belastung der Arbeitskraft bedingt und daß unter den Geschwindigkeitsrekorden dieser Arbeitsweise die Idee der besonderen bezahlten Auspausen, die in Deutschland arbeitsvertraglich Verwirklichung gefunden hat, voll begründet erscheint.

Waschraum und Speiseraum dieses Riesenunternehmens zeigen die für den modernen Neubau selbstverständliche Zweckmäßigkeit. Einfache Bauart, freundliche Farben erhöhen den guten Eindruck. Daß das Mittagessen, das zu 3 ke gegeben wird, anderswo billiger zu haben ist, wird kein Mensch behaupten wollen. Wie versichert wird, sind bereits zwei Drittel der Belegschaft am Fabrikort selbst in Wohnung. Der andere Teil kommt aus den Ortschaften der Umgebung zur Fabrik. Die Wohnstadt Bafas (Arbeitersiedlung) zeigt den Typenbau. Im Parterre: Bad, Küche und Wohnstube. Besonderer Treppenlauf ist vermieden. Im ersten Stock zwei Schlafstuben. Die Wohnungen, die wir gesehen haben, waren solche von Meisterfamilien. Es gibt aber auch noch eine andere Hustype mit einem Zimmer weniger. — Die Schlafräume der jungen Leute im Internat haben einen Anflug des Kasernenmäßigen. Es stehen vertikal je 2 Betten übereinander. Daß der einzelne Schlafraal zu stark belegt sei, kann man wohl nicht sagen. Es herrscht Ordnung und Sauberkeit. Für den gemeinsamen Aufenthalt gibt es einen Lese- und Versammlungsraum. Auf Anfrage wurde versichert, daß der Jugend in bezug auf Denk- und Lesefreiheit nichts in den Weg gelegt wurde. Auch politische Literatur, Parteiliteratur usw. dürfe gehalten werden.

Mit dem gewaltigen Bevölkerungszuwachs des Stadtchens Zlin erwachsen natürlich Bedürfnisse aller Art auch auf kommunalem Gebiet. Auf dem Gebiet der Sozialhygiene ist die Gründung eines Krankenhauses durch die Firma Bafa bedeutsam. Das Gebäude des Krankenhauses sind landschaftlich an günstiger Stelle untergebracht.

Im übrigen zum Schluß: Zlin und Umgebung ist nicht ohne landschaftlichen Reiz. Bewaldete Höhen umsäumen die Fabrikstadt und den Wohnungskomplex. Das weite Vorland um Zlin bis zur Hauptbahnstrecke bei Prerau ist mährisch-slowakisches Flachland von guter Bodenbeschaffenheit. Eine große Erwerbsquelle bietet hier der Zuckerrübenbau. — Man gelangt zu dem Eindruck: dieser Mammutbetrieb hatte vielleicht einen besseren Platz in der Nähe der Rohstoffquellen und direkt im Mittelpunkte eines Hauptverkehrsnetzes gefunden. In der kapitalistischen Welt wird aber vieles vom Zufall beeinflußt. Das Zeitalter der Eisenbahn, des Automobils und des Flugzeuges übersteigt indessen auch diese Schranken. Es gehen von Zlin aus Fäden in alle Teile der Welt.

Kollegen! Verbreitet den Schuhmacher auch unter den Arbeitslosen

Eine Konversation mit dem Chef der Firma

Herr Bafa beauß die Zuvorkommenheit, den Besuchern ein Art Interview zu geben. Es ist wohl eine besondere Art von ihm, auf Anfragen kurz und schlagwortartig einzugehen.

Er brachte das Gespräch sofort auf einen äußerst anregenden Punkt mit der Aeußerung: „Ich nach seinem Dafürhalten das moderne übersteigerte Arbeitstempo in der Schuhfabrikation ohne Schaden selbst bis zum Alter von 45 und 50 Jahren ertragen werden könne. Den Widerspruch der Anwesenden — sämtlich Leute vom Fach! — suchte er dann zu entkräften, daß sein Sohn obschon erst im jugendlichen Alter von 17 Jahren stehend, bereits am Band, und zwar an der Zwicknagelmaschine, beschäftigt sei.

Herr Bafa verbesserte sich indessen selbst, indem er die These aufstellt, mit 40 Jahren solle ein Arbeiter bereits seine Erfahrungen gemacht haben, daß er sich dann einer leichteren Beschäftigung zuwenden könne.

Auf die Feststellung, daß in dem Betrieb ein außerst geringer Prozentsatz älterer Arbeiter anzutreffen ist, hat Herr Bafa eine zweifache Antwort: „Die älteren Arbeiter von der Handarbeit waren nicht zu bewegen, umzusatteln auf die Maschinenarbeit; im übrigen ist mein Betrieb eben noch so jung, daß die Beschäftigten in höhere Altersstufen noch nicht hineingewachsen sind." Mit besonderer Heftigkeit wendet sich Bafa gegen den Vorwurf aus Kreisen der Schuhmachermeister, daß er Existenzen untergrabe. Die Statistik habe bewiesen, daß mit dem Vordringen der Industrie mehr Arbeitsmöglichkeiten im Berufe neu geschaffen worden seien als ehemals bestanden hätten.

Mit Bezug auf das bekanntlich in der Oeffentlichkeit eine starken Kritik ausgesetzte Gewinnbeteiligungssystem, das in Wirklichkeit ein System gewisser Leistungsprämien ist, bemerkt Herr Bafa, es sei unrichtig, den Gewinn aus der Gewinnbeteiligung als einen Teil des Lohnes anzusehen. (Bekanntlich wird ein Prozentsatz dieses wöchentlich berechneten Gewinns auf „Sparkonto festgehalten.") Auf die Frage, ob der Arbeiter Ursache hat zu fürchten, daß er an diesem seinem Sparkonto verlieren könnte, sagt Herr Bafa:

Das wurde ja die ganzen Vorteile des Systems ruinieren; dasjenige was sich ein Mann erarbeitet hat kann ihm nicht mehr abgenommen werden.

dieten die Rettung in der Erhöhung der Zölle auf Schuhwaren, andere sind der Meinung, daß eine solche Erhöhung nur auf bestimmte Qualitäten genüge, wieder andere machen den Vorschlag, daß die Einfuhr von Schuhwaren, wenigstens für bestimmte Zonen, ganz verboten werden soll. Rund 25 Prozent der verbrauchten Schuhwaren seien einheimisch worden.

Zu Monaresi erblickt eines der besten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche und in der Erhöhung der Kaufkraftkeit der Bevölkerung. Auch müsse gegen das Ueberhandnehmen der Heimarbeit angekämpft werden, durch welche dem freien Arbeiter nicht nur die Arbeit weggenommen werde, sondern welche auch eine große Gefahr hinsichtlich der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeute. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei aber nicht eine nationale Angelegenheit, sondern müsse international behandelt und bekämpft werden, da anders eine Besserung nicht zu erwarten ist. Der Kongreß erinnert bei dieser Gelegenheit an die diesbezüglichen Beschlüsse der internationalen Konferenz der Schuh- und Lederindustriearbeiter, welche durchzuführen sich auch die französischen Kollegen zur besonderen Aufgabe machen müssen.

Im Zusammenhange mit der Wirtschaftskrise spielte auch die Frage der Sozialgesetzgebung eine große Rolle, welche als unzulänglich bezeichnet werden müsse. Auch die Konkurrenz der Firma Bata wurde in eingehender Weise besprochen und dabei besonders hervorgehoben, daß mit allen Mitteln verhindert werden müsse, die der Bata vorhandenen Lohn- und Arbeitsmethoden auf die französische Schuhindustrie zu übertragen.

Ein Antrag auf Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandes, statt der freiwilligen fakultativen, fand nicht die notwendige Majorität. Von den vertretenen Zahlstellen und anwesenden Delegierten war zwar die Majorität für diesen Antrag, Delegierte enthielten aber nicht die Mehrheit der Mitglieder des Verbandes. Dagegen wurde ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Beitrag an die Zentralkasse um 25 Cts. pro Monat erhöht wurde.

Nach den vorgenommenen Wahlen, welche die einstimmige Wiederwahl der seitherigen Organisationsleitung ergaben, wurde nochmals die internationale Verbundenheit der französischen Schuh- und Lederindustriearbeiter besonders zum Ausdruck gebracht und betont, daß alle Kraft angewandt werden muß, den Weltfrieden nicht nur zu erreichen, sondern auch zu erhalten, was nur durch gegenseitige Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt erreicht werden kann.

Johannes Sassenbach – 65 Jahre

Als Johannes Sassenbach vor einiger Zeit von der Redaktion des Internationalen Handwörterbuches des Gewerkschaftswesens, dessen Mitherausgeber er ist, um kurze autobiographische Notizen angegangen wurde, schrieb er in lakonischer Kürze: Geboren 1866 im Bergischen Land. Nacheinander und nebeneinander: Sattlerlehrling, Sattlergeselle, Handwerksbursche, Geschäftsführer einer Produktionsgenossenschaft von Militärsattlern, Vorsitzender des Sattlerverbandes, Internationaler Zekretär der Sattler, Geschäftsführer der Gewerkschaftshaus GmbH., Berlin, Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Verlagsbuchhändler, Vorsitzender des 1. Sozialistischen Akademiker Kongresses, Reichstagskandidat in Kreis

(an der Mutter), Stadtverordneter und Stadtrat in Berlin, Vorsitzender der Volkshochschule Groß Berlin, Sozialattaché an der deutschen Gesandtschaft in Rom, Zekretär, später Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Dies alles und noch einiges mehr, nebeneinander und nach einander, im Verlauf einer mehr als 45jährigen öffentlichen Wirksamkeit! Und, was Sassenbach auch immer war und tat, das war und tat er ganz niemals halb. Nichts ist ihm dem man oft ein wenig spöttisch Pedanterie nachsagt, so verhaßt, als großspuriger Dilettantismus. Er selbst taugte ab und zu aber seine peinliche Genauigkeit in allen großen Dingen seiner öffentlichen und gewerkschaftlichen Tätigkeit sowohl, als auch in den kleinsten persönlichen Angelegenheiten. Ob Sassenbach als Gewerkschaftsfunktionär und führer tätig war, oder als Kommunalpolitiker, oder im diplomatischen Dienste des Reiches, ob er als Verleger schongeistiger Literatur — er hat zum Beispiel als erster Verleger Herbert Eulenberg und Arno Holz gedruckt — oder auch als Organisator von Kunst-, Möbel und Bücherausstellungen für die Arbeiterschaft wirkte, er nahm die Aufgabe jedesmal nicht nur ernst, er führte sie auch durch. Er regte nicht nur an, sondern schuf und vollendete. Wenn der 1. Sozialistische Akademiker Kongreß den Sattler und Gewerkschafter Sassenbach zum Vorsitzenden wählte, so war das nicht eine schöne Geste an die Hand arbeiterschaft, sondern die Anerkennung der geistesgeschichtlichen Bedeutung, die Sassenbach verkörperte. Er war auch ein eifriger und gewissenhafter Sammler, insbesondere der gewerkschaftlichen Literatur. Seine große Bibliothek hat er dem Berliner Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Zeit vom Zekretariat des ADGB. neu geordnet und soll als Studienbibliothek der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Auf welchem Gebiete auch immer Sassenbach sich betätigte, im Mittelpunkt seines Lebens stand stets die Gewerkschaftsbewegung. Sie war und blieb der Mutterboden, in dem seine Persönlichkeit zutiefst verwurzelt war. Sein besonderes Interesse lag dabei auch dem Gebiete der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Auf seinen Antrag hin beschloß der Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 die Errichtung von gewerkschaftlichen Unterrichtskursen durch die Generalkommission. Und wenn sich das gewerkschaftliche Bildungswesen zu hoher Blüte entfaltet hat, so hat Sassenbach an dieser Entwicklung einen großen Anteil. 1921 wurde er zum Zekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt. Er betätigte neben seinen großen Sprachkenntnissen auch die beste Kenntnis der Verhältnisse in den Gewerkschaftsbewegungen in den europäischen und überseeischen Ländern und war bekannt als kluger, taktvoller Organisator, der zu handeln verstand. Er stand dann einige Jahre als Generalsekretär des Bundes bis 1930 an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Erst der Stockholmer Gewerkschaftskongreß entzog ihn mit seinen dringenden Wunsch aus dem hauptamtlichen Gewerkschaftsleben. Johannes Sassenbach lebt jetzt in Frankfurt a. M. Am 12. Oktober vollendet er das 65. Lebensjahr. Wir grüßen den alten Freund und Mitkämpfer! Möge seine noch frische und ungebrochene Arbeitskraft, sein klarer Rat der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung noch viele Jahre erhalten bleiben!

Arbeiterinnen-Rundschau

Wann erhalten Ehefrauen Arbeitslosenunterstützung?

Der Ausführung der Notverordnung, nach denen verheirateten Frauen die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt wird, soweit sie (entsprechend den Vorschriften der Krisenfürsorge) bedürftig sind, ist bereits in unseren Notizen in Nummer 38 und in Nummer 36 des „Schuhmacher" Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die gegebene Erläuterung erscheint aber noch nicht erschöpfend. Die Angelegenheit wurde zu einer umstrittenen Materie, weil einzelne Arbeitsämter zum Beispiel nicht ersehen haben wollten, daß die Freiwerdung auch für den Antragsteller selbst um 10 Mark erhöht werden kann. — Diese Frage wie auch die Ansprüche der Ehefrauen nach dem neuen Recht erscheinen durch eine Entscheidung des Spruchsenats, die wir hier wiedergeben, völlig geklärt.

*

Bei Anwendung des Artikels 4, Absatz 2, der Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. Oktober 1930 (Reichsgesetzblatt I, S. 463, Reichsarbeitsblatt S. I 219) sind die jeweiligen Verhältnisse während des Laufes der Krisenunterstützung maßgebend, und zwar auch insoweit, als es sich um die familienrechtliche Unterhaltspflicht handelt.

Der anrechnungsfreie Betrag von 20 RM erhöht sich nach Artikel 4, Absatz 2, Satz 2 a. a. O. auch für den Krisenunterstützungsempfänger, wenn der Angehörige ihn auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält.

(Entscheidung des Spruchsenats vom 22. Mai 1931, IIIa Nr. 65 31[1])

Aus den Gründen:

Der Berufende des Arbeitsamtes hat dem Kläger die an sich auf 11,85 RM berechnete Krisenunterstützung versagt, da sein Stiefvater Lohn 30,30 RM wöchentlich verdiene und gemäß Artikel 4, Absatz 2, der Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. Oktober 1930 der das wöchentliche Einkommen von 20 RM übersteigende Betrag auf die Unterstützung anzurechnen sei. Er hat hierzu von dem Kläger eingelegte Einspruch, in dem er geltend machte, daß der Lohn mit seinem Einkommen ihm, den Kläger, und seine Mutter, die Ehefrau des Klägers, unterhalten müsse, ist vom Spruchausschuß zurückgewiesen worden. In der Begründung ist ausgeführt, der Kläger habe selbst von Eintritt der Arbeitslosigkeit seine Ehefrau unterhalten und beziehe für sie der Familienzuschlag. Der Kläger hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. Die Spruchkammer hat die Sache an den Senat abgegeben zur Entscheidung der Rechtsfragen,

1. ob nach Artikel 4, Absatz 2, der bezeichneten Verordnung vom 11. Oktober 1930 für die Beurteilung ihrer Unterhaltspflicht die Verhältnisse, während des Laufes der Krisenunterstützung maßgebend sind,
2. ob sich der Betrag von 20 RM nach Artikel 4, Absatz 2, Satz 2 der genannten Verordnung erhöht, wenn während des Bezuges von Krisenunterstützung ein Sohn des Krisenunterstützungsempfängers diesen und die Mutter ganz oder überwiegend unterhält.

Die Spruchkammer neigt dazu, diese Fragen zu bejahen. Die Entscheidung des Spruchsenats ist folgendermaßen begründet:

Die Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. Oktober 1930 (Reichsgesetzblatt I, S. 463, Reichsarbeitsblatt S. I 219), die nach ihrem Artikel 11 am 3. November 1930 in Kraft getreten ist, sieht in Artikel 4, Absatz 2 vor, wieweit das Einkommen von Angehörigen des Arbeitslosen auf dessen Krisenunterstützung anzurechnen ist. Es ist nach dem Artikel 4, Absatz 2, Satz 1 der Betrag anzurechnen, um den das Einkommen des Angehörigen 20 RM in der Kalenderwoche übersteigt. **Der Betrag von 20 RM erhöht sich nach Artikel 4, Absatz 2, Satz 2 für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält um 10 RM.** Danach ist für die Berechnung maßgebend, welches Einkommen der Angehörige während des Laufes der Krisenunterstützung hat. Die Krisenunterstützung wird nur bei Bedürftigkeit gewährt; diese ist Voraussetzung des Anspruchs, wie in Artikel 2 der Verordnung ebenso wie in § 101 AVAVG. ausdrücklich bestimmt ist. Ob Bedürftigkeit gegeben ist, ist nach den Verhältnissen zu beurteilen, die jeweils während des Laufes der Krisenunterstützung vorliegen. Die Verhältnisse, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit oder vor Bewilligung der Krisenunterstützung oder der Arbeitslosenunterstützung vorlagen, sind dabei nicht ausschlaggebend. Während des Bezugs der Krisenunterstützung das Einkommen des Angehörigen zu, so muß der anzurechnende Betrag erhöht oder erniedrigt werden. Ebenso ist im Sinne des Artikels 4, Absatz 2, Satz 2 a. a. O. maßgebend, ob der Angehörige während des Laufes der Krisenunterstützung anderen Personen den Unterhalt gewährt, auch die Frage, ob die Unterhaltsleistung „auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht" erfolgt, ist nach den während des Bezugs der Krisenunterstützung vorliegenden Verhältnissen zu beurteilen. Zeigt doch Artikel 4, Absatz 2, Satz 2 ausdrücklich voraus, daß der Arbeitslose die Person „unterhält", während nach § 103, Absatz 2 AVAVG. die Gewährung des Familienzuschlags davon abhängig ist, daß der Arbeitslose den Angehörigen bis vom Eintritt der Arbeitslosigkeit ganz oder überwiegend unterhalten hat.

Bei dem verschiedenen Wortlaut dieser beiden Vorschriften kann demnach der anrechnungsfreie Betrag des Einkommens eines Angehörigen nach Artikel 4 Absatz 2, Satz 2 a. a. O. auch für eine Person erhöht werden für die der Arbeitslose selbst den Familienzuschlag nach Artikel 1 der bezeichneten Verordnung in Verbindung mit § 103, Absatz 2 AVAVG. erhält. Daß der Kläger Anspruch auf den Familienzuschlag für seine Ehefrau hat, steht demnach der Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages des Einkommens seines

---

im übrigen müsse festgehalten werden, daß die Leistung der Werkstatte mit Verlust oder die Entlastung durch Gewinngutschrift durch wöchentliche Verbuchung erfolgt. Die Arbeiter selbst seien nur am Gewinn, nicht aber am Verlust beteiligt. Mit den Verlusten wurde die Werkstelle (letzten Endes die Leitung und Oberleitung) belastet. (Wir können in dieser kurzen Unterredung volle Klarheit nicht erlangen. Z. B. bleibt die Frage offen, wie sich die durch Fehlproduktion und anderes hervorgerufenen Verluste decken. Wenn der immerhin denkbare Fall eintritt, daß das „Gutgewicht" Konto der Werkstatte den Gesamtverlust nicht zu decken vermag.)

Auf die Frage, ob dem Gedeihen dieses Unternehmens, der weiteren Verbilligung der Schuhe, nicht einmal Grenzen gesetzt seien an den Wohnverhältnissen des Kolonieterrains, ob es nicht ein gewaltiges Risiko verkörpere, wenn Zehntausende von Arbeitern sich existenzmäßig zu sehr an den Bereich gebunden fühlen (Werkswohnungen usw.), antwortete Bata:

Das menschliche Leben ist an sich ein Risiko; alles kann nicht im Grundbuch eingetragen werden. Zumeist gibt es noch viel zwischen die zu wenig Schuhe haben. Wenn jemand kommt, der es besser machen kann, so überlassen wir ihm das. Ich glaube daß, wenn wir gut sind, Ich dabeigehen, die Menschen, die nach mir kommen, es leichter haben werden.

Ob der beispiellose Aufstieg der Firma hauptsächlich mit der Einrichtung des Direkt-Verkaufs zusammenhänge oder ob er aus anderen Ursachen zu erklären sei?" Die ist, so antwortete Bata, die Frage, die ich vielfach von anderen Industriellen vorgelegt bekomme. „Ich sage, es ist nicht die Kunst des Verkaufens allein, die den Fortschritt bedingt. Das Geheimnis des Erfolges sehe ich darin daß bei der Organisation der Produktion direkt vom Menschen und dessen Fähigkeiten ausgegangen wurde. Die Höchstentwicklung der menschlichen Fähigkeiten ist mein Ziel."

Die Unterhaltung ging nun auf die Gewerkschaftsfragen, die Frage des sozialen Dumpings usw. über. Die Firma liefere ihre Ware an die ganze Welt, deshalb das sachliche, keine gewerkschaftliche Interesse an diesen Dingen. Herr Bata sagt, ihm liege in einer Verständigung, er wolle nicht die Feindschaft mit der Union. Hier nicht und auch im Auslande nicht. Aber die Dinge lagen so, daß er nicht zugeben könne, daß die Arbeit-moral untergraben wird.

In dieser, den Charakter der Gewerkschaftsarbeit verkennenden Ansicht beruht die selbstherrliche Auffassung.

Die Frage, ob die Firma unbedingt den ziemlich indiskret erscheinenden Einstellungsfragebogen für notwendig hält, beantwortet Herr Bata ohne Umschweife mit Ja. Ich bedarf, um arbeitsfähig darauf, daß wir von unseren Arbeitern alles wissen."

Ob unter diesen Umständen die Meinungsfreiheit und Denkfreiheit der Arbeiter nicht angetastet wurde? Ob man keine Nachteile zu erwarten hat, wenn man z. B. beim Mittagessen seine sozialistische Zeitung liest? — Darauf sei die Firma nicht interessiert. Allerdings Leute, die sich negativ der Firma gegenüber einstellen, seien nicht gern gesehen. Sowieso sei eine größere Gruppe früherer Arbeiter der Skodawerke eingestellt worden, die sicher nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich organisiert seien. Die Firma lege den nichts in den Weg.

Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter glauben sich beglückwünschen zu können, daß, wie sie meinen, auf ihre Kritik hin in den letzten Jahren im Betriebrich die Löhne eine wesentliche Verbesserung wie auch die Arbeitsbedingungen eine Erleichterung erfahren haben. Der Frage, ob denn nicht einer kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Vorzug zu geben sei, weicht die Firma durch folgende Ansichten aus:

Wir sehen es als einen Nachteil an, wenn eine Gewerkschaft mit einem Betrieb in Feindschaft steht, jedoch erscheint es uns sehr immer nötig, daß man nach einem Vertrag entlohnt. Verträge sind nötig dort, wo die Löhne gedrückt werden, weniger aber dort, wo sie standig wegen."

Auf die Hinweise, daß die Tagesarbeit von neun Stunden mit einstündiger Mittagspause den Arbeiter immerhin noch zehn Stunden binde, — daß bei den Konkurrenzfirmen des Auslands die Bandarbeit mit ihrem überhasteten Arbeitstempo zur vertraglichen Einführung besonderer, bezahlter Ausruhpausen Anlaß gab, — außert sich die Firma Bata dahin: Auch das haben wir in den Bereich unserer Betrachtungen gezogen. „Lassen Sie auch diese Frage Batas Sorge sein."

*

Den Repräsentanten des Batawerkes Kieselbrieck befriedigt im Glanze seines beispiellosen Erfolges offenbar ein starkes Selbstgefühl. Er geht so weit, zu glauben, daß es möglich wäre, auf seinen Bahnen sogar die Volksgesundheit der Arbeitslosigkeit zu bewerben.

Herr Bata meint, daß jeder, der es sieht, auch sein System bewundern müsse. Wir können das schon aus dem ganz naheliegenden Grunde nicht, daß unter dem im voraus bestimmten Zwangsarbeitsplan und unter der modernen Arbeitshast die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft nur viel zu hart erscheint. Eine der modernen gesellschaftsfortschrittlichen Notwendigkeiten sehen wir darin, daß nicht nur bei der Warenverteilung, sondern schon an der Quelle, bei der Warenherstellung, das Dasein der Menschen nach Möglichkeit erleichtert wird. Aber auch darüber hinaus, volkswirtschaftlich wie vom menschlich-individuellen, vermögen wir im Bata-System keineswegs eine Lösung der sozialen Probleme zu erblicken. Der Mensch mag in den Stand gesetzt sein, sich einigermaßen gut zu kleiden, möglichst anständig zu wohnen und auch in der Ernährung keinen Mangel zu genießen. Das hat aber die großen Sorgen des Daseins noch nicht befriedigt auch nicht den Lebensdrang. Sinn und Zweck des Lebens kann sich nicht darin erschöpfen wollen, nur Dollars zu machen. Jahr um Jahr denselben Arbeitsweg, Tag für Tag dieselben Hunderte und Tausende von Handgriffen zu machen, immer im gleichen Trott, das befriedigt das Leben nicht. Am allerwenigsten wird es befriedigen können, das Wohlergehen Tausender nur auf zwei Augen gesetzt zu sehen, dieser Mensch trägt in seinem Innersten die Idee, sich als selbstständiger Mensch zu fühlen, an seinem Schicksal selbst zu bauen; aber sich selbst zu bestimmen: frei zu sein. Das ist die große befreiende Idee der Demokratie, die jeder Art des kapitalistischen Systems gegenüber steht. In dem weltweiten kapitalistischen System mit seiner Unbereichenbarkeit, mit seinen tausend Zufälligkeiten, gibt es keine Insel der Glückseligkeit. Große Philanthropen schon sind vom Kapitalismus bei-seitgeschoben worden. Sie brachten die erhoffte Hilfe nicht. Das Proletariat muß einsetzen seine ganze Lebenskraft. Es fordert deshalb freies Menschenrecht. Das ist der Sinn des Kampfes der Arbeiterklasse.

Sohnes für seine Mutter um 10 RM gemäß Artikel 4, Absatz 2, Satz 2 a. a. O. nicht entgegen.

Der Auffassung der Spruchkammer ist aber weiter auch darin beizutreten, daß der anrechnungsfreie Betrag von 20 RM wochentlich **nur** dann **Artikel 4, Absatz 2, Satz 2** der Verordnung auch dann erhöht, wenn der Arbeitslosenunterstützungsempfänger **selbst** von dem Angehörigen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhalten wird. Die bereichnete Vorschrift macht keinen Unterschied nach der Verschiedenheit der Unterhaltsberechtigten, sondern bestimmt allgemein, daß sich der Betrag von 20 RM für jede Person erhöht, die der Angehörige unterhält. Die in Kuhne-Wantz, Die Arbeitslosenfürsorge des Reiches und der Gemeinden 1931, Seite 70 vertretene Auffassung, daß zu den Personen dieser Art der Arbeitsunterstützte Arbeitslose selbst nicht gehört, ist mit dem Wortlaut der Verordnung nicht zu vereinbaren. Ob im vorliegenden Fall der Sohn des Arbeitslosen diesen und die Mutter auf Grund familienrechtlicher Unterhaltspflicht tatsächlich ganz oder überwiegend unterhalten hat, ist Tatfrage, die von der Spruchkammer zu entscheiden ist.

Schuhpreise und Arbeitslohn

Die „Schuhfabrikanten-Zeitung" hatte eine Aussprache darüber eröffnet, wie aus der Preismisere herauszukommen sei. Unter den Einsendungen befindet sich auch eine, die höchst feindselig gegen die Arbeitnehmer eingestellt ist und daher niedriger aufhängt gehört. Es handelt sich um folgende Ausführungen einer Schuhindustriellen:

Ich habe zum Artikel in Heft 71 „Heraus aus der Preismisere" sowie die Aeußerungen verschiedener Leser in Heft Nr. 73 unter „Stepiss" gelesen. Ihrer Ansicht, daß solche Stepiss, die darin zum Ausdruck kommt, daß von seiner Seite irgendein gangbarer Weg gesucht wird, der vielleicht zum Ziele führen könnte, sehr bedauerlich sei, muß ich voll und ganz beitreten.

Alle Schuhfabrikanten wissen, daß es ihnen schlecht geht, mit wenigen Ausnahmen. Auch die Lederfabrikanten als Hauptlieferanten der Schuhfabriken sehen mit Sorge, wie die Lage ihrer besten Abnehmer sich von Jahr zu Jahr verschlechtert.

Nun kommt die große Frage: wie kann man diesen Zustand abändern?

Zuerst muß man sich einmal die Ursachen dieser Krankheit einer ganzen Industrie ansehen. Alle Fabrikanten sind sich wohl darin einig, daß durch falsche Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften die Unkosten für Lohn und Sozialsätzen zu hoch wurden. Das Ausland verdrängt uns vom Weltmarkt, und es kann soweit, daß ausländische Schuhfabriken trotz des deutschen Schutzzolles ihre Waren in Deutschland verkaufen können, weil sie keinen Tarif, keine Sozialsätzen in der Höhe wie in Deutschland kennen, auch haben sie nicht die hohen Zinsen zu zahlen, wie wir in Deutschland; auch in steuerlicher Hinsicht sind sie günstiger gestellt. Diese Umstände brachten auch andere Industrien in Deutschland zum Erliegen; die Arbeiter wurden brotlos, sind trotz hoher Tarifsätze nicht konkurrenzfähig, weil sie nur vollbeschäftigt sind. Es können nicht soviel Schuhe gekauft werden wie früher. Wenn Schuhhändler verringern sich die Umsätze bei steigenden Unkosten. Infolge zu vieler Sorten ist der Lagerbestand im Verhältnis zum Umsatz überall zu groß. Wenn der Schuhhändler vor dem Kriege sein Lager viermal umsetzte, setzt er es heute zwei bis dreimal um, und darin liegt die Hauptursache der langsamen Zahlungsweise bei vielen Schuhhändlern; es folgen große Verluste für den Schuhfabrikanten.

In den Aeußerungen unter „Stepiss" wird von den meisten kleinlichen sozialsätzige Kalkulation anempfohlen. Jede Kalkulation, die am Anfang des Jahres im Voranschlag gemacht wird, findet sich auf die Produktionszahl der letzten Jahre. Wird die Produktionszahl dieser Produktion nicht erreicht, so ist die Kalkulation falsch, denn die Unkosten werden höher, weil die geringere Produktion die ganzen Unkosten tragen muß.

Genau so ist es mit den Kosten für Vertreter oder fest angestellte Reisende. Die Umsätze sind geringer, die Kundschaft muß aber beliefert werden, und der Reisende muß leben.

„Ein Reisender wenigstens gesteht der Herr Einsender noch zu, daß ihnen das zum Leben Notwendige zukömmt. Nein, daß ihnen das zum Leben Notwendige zukömmt. Nein, daß ihnen das zum Leben Notwendige zukömmt. Nein